

## Saubere Luft für Köln - Kölner Maßnahmenbündel schnell umsetzen

Eine schnelle Verbesserung der Luftqualität bis 2020 – das ist das Ziel eines Maßnahmenkatalogs, den Köln im Mobilitätsbereich beim Bund angemeldet hat. Kölns CDU-MdB Karsten Möring hat nun unmittelbar nach der Regierungsbildung in Berlin den neuen Verkehrsminister Andreas Scheuer auf die Notwendigkeit der schnellen Umsetzung hingewiesen und um wohlwollende schnelle Prüfung der Kölner Anliegen gebeten.

Köln habe ein erhebliches Interesse daran, die Fördergelder des Bundes effizient einzusetzen um Fahrverbote zu verhindern, so Möring. Das Sofortprogramm Saubere Luft stellt für Kommunen mit hoher Stickstoffdioxid-Belastung Fördermittel von einer Milliarde Euro zur kurzfristigen Verbesserung der Luftqualität zur Verfügung.

## Angela Merkel erneut zur Bundeskanzlerin gewählt

Am Mittwoch hat der Deutsche Bundestag Dr. Angela Merkel erneut zur Bundeskanzlerin gewählt. Im Anschluss wurden die Minister der neuen Bundesregierung berufen und ebenso wie die Bundeskanzlerin vereidigt. Damit kann die vierte unionsgeführte Bundesregierung in Folge gebildet werden. Zu Beginn der Woche haben die Spitzen von CDU, CSU, SPD und den Koalitionsfraktionen den Koalitionsvertrag unterzeichnet und damit die politische Grundlage für die Koalition bis 2021 gelegt. „Selbst wenn der



„So wahr mir Gott helfe.“: Nachdem sie ihre Ernennungsurkunde erhalten hatte, leistete die alte und neue Kanzlerin im Bundestag ihren Eid auf die Verfassung. Auch MdB Möring gratulierte und wünschte ihr viel Kraft, Erfolg und Gottes Segen. (Bild: Koch, CDU/CSU)

Weg hin zur Bildung dieser Regierung alles andere als einfach war, halten wir fest: Es ist endlich gelungen. Wir geben unserem Land in dieser Woche eine stabile Bundesregierung. Dann heißt es: ran an die Arbeit!“, freut sich Kölns CDU-MdB Karsten Möring.

Der Koalitionsvertrag enthalte ganz wichtige Vorhaben auch für Köln, und die CDU/CSU-Fraktion wolle bei der Umsetzung bis 2021 zügig vorankommen, so Möring. Schwerpunkte setzt die Union bei der Digitalisierung, dem Ausbau des schnellen Internets, der Beschleunigung von Planung und Bau von Straßen und Schienen, der Stärkung der Schulen und des sozialen Wohnungsbaus durch den Bund sowie bei der Entlastung von Familien. Mit einer konsequenten Migrati-

onspolitik, null Toleranz gegenüber Kriminalität und einer angemessenen Renten- und Pflegepolitik soll den Sorgen der Menschen begegnet werden.

Laut MdB Karsten Möring müsse zunächst vordringlich der Bundeshaushalt 2018 verabschiedet werden. „Mit dem Budget werde man auch zeigen: „Es bleibt bei der schwarzen Null.“ Der Kölner CDU-Abgeordnete kündigte an, dass die solide Haushaltspolitik der vergangenen Legislaturperiode fortgesetzt werde. Als dringliche Projekte aus seinem Bereich nannte er u.a. die Ankurbelung des Wohnungsbaus und die Einführung eines Baukindergeldes für junge Familien.

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Freunde,

die Deutsche Umwelthilfe (DUH) beklagt gerade bundesweit Städte, um Fahrverbote durchzusetzen. Ihre Arbeit finanziert sie durch Abmahnungen, die fast ein Drittel der Einnahmen aus-



machen. Ein weiterer großer Teil kommt aus öffentlichen Projektzuschüssen. Es ist also für mich Teil des Paradoxes, dass mit Steuergeldern die Klagen gefördert werden, die wiederum mit Steuergeldern durchgeführt werden, übrigens auch gegen NRW-Kommunen wie zum Beispiel die Stadt Köln.

Diese DUH will nun Ministerpräsident Armin Laschet rechtlich zur Durchsetzung von Diesel-Fahrverboten in Düsseldorf zwingen. Der Vorwurf, den sie macht, ist dabei völlig unzutreffend: Zwar sprach sich Laschet klar gegen Diesel-Fahrverbote aus, weil er sie weder für zielführend noch verhältnismäßig hält. Auch betonte er, den für die Verhängung von Dieselfahrverboten zuständigen Bezirksregierungen gegenüber weisungsbefugt zu sein, aber eine ausdrückliche Weisung zur Verhinderung von Fahrverboten hat er weder ausgesprochen noch angekündigt. Deshalb war seine Twitter-Antwort eindeutig: "Deutsche Umwelthilfe arbeitet mit Falschmeldungen. Urteil des Bundesverwaltungsgerichts mit klarer Mahnung zur Verhältnismäßigkeit wird in NRW umgesetzt, sobald Begründung vorliegt." Recht hat er!

Ihr

Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Köln I



## Umweltausschuss diskutiert Fukushima-Katastrophe

Die Nuklearkatastrophe im japanischen Kernkraftwerk Fukushima jährte sich am 11. März zum siebten Mal. Die Vorsitzende des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz Bau und Reaktorsicherheit Sylvia Kotting-Uhl (Bündnis 90/Die Grünen) nahm dies zum Anlass für ein öffentliches Fachgespräch am Mittwoch.

Gesprächspartner der Abgeordneten war Dr. Stefan Thomas, Mitglied des Deutsch-Japanischen Kooperationsrates zur Energiewende (German Japanese Energy Transition Council, GJETC) und Abteilungsleiter für Energie-, Verkehrs- und Klimapolitik des Wuppertal-Instituts. In dem 2016 begründeten Rat sitzen Vertreter beider Länder aus Wirtschaft und Wissenschaft. Ziel des Gremiums ist es, Japan und Deutschland zusammen zu Vorreitern beim Ausbau erneuerbarer Energien zu machen. Er berichtete von der Arbeit des Rates und den Zukunftsaussichten der beiden Länder. Dabei ging er auf die Chancen und Herausforderungen beim Umstieg auf erneuerbare Energien ein.



Kann Deutschland von Japans Umgang mit der Fukushima-Katastrophe lernen? Der zuständige CDU/CSU-Sprecher im Umweltausschuss Karsten Möring mit der umweltpolitischen Sprecherin der Union, Marie-Luise Dött, beim Meinungsaustausch mit dem geladenen Experten. (Bild: privat)

MdB Karsten Möring fand das einen interessanten Einblick in die japanische Situation, vor allem, weil die Japaner weiter auf Kernenergie setzen und parallel die Erneuerbaren ausbauen. Japan interessiert sich insbesondere für das deutsche Modell der Stadtwerke. Im Gebäudebereich allerdings hinken sie noch hinter Deutschland her, obwohl hier bei uns auch noch erheblich mehr zu leisten ist, um die weltweit vereinbarten Klimaziele zu erreichen. „Wir sollten uns aber davor hüten hier zu schulmeistern, sondern unsere Hausaufgaben machen“, meint Karsten Möring.

## Kölner Maximilian-Kolbe-Schüler im Bundestag



Trotz Kanzlerwahl, Vereidigung, Regierungsbildung und Umweltausschusssitzung nahm sich MdB Karsten Möring am Mittwoch im Bundestag noch ausreichend Zeit für Gespräche mit einer Besuchergruppe aus dem Wahlkreis, die für vier Tage auf seine Einladung hin Berlin besuchte und für ein Treffen mit Schülerinnen und Schülern des Kölner Maximilian-Kolbe-Gymnasiums. Zu einem Erinnerungs-Selfie ließ sich Möring, 1992 bis 2013 Leiter des MKG, gerne „überreden“. (Bild: privat)

## Union tritt für Beibehaltung von § 219a StGB ein

In der aktuellen Diskussion über § 219a Strafgesetzbuch (StGB) spricht sich die CDU/CSU-Fraktion weiter dafür aus, das Werbeverbot für Schwangerschaftsabbrüche unverändert beizubehalten. MdB Karsten Möring „Das Verbot ist ein wichtiger Teil des gut austarierten Kompromisses zwischen dem Schutz des ungeborenen Lebens und der Not ungewollt schwangerer Frauen. Das bestehende Werbeverbot gehört untrennbar zur Beratungslösung des § 218a StGB.

Der Union sei wichtig, dass jede schwangere Frau Zugang zu einer guten ergebnisoffenen Beratung habe. Nur ein vertrauensvolles Gespräch werde der psychischen Belastung gerecht, die ein Schwangerschaftskonflikt für Frauen bedeute. Hier könne die Frau ihre Fragen klären, sich beraten lassen und dann selbst entscheiden. Beratungsbestandteil sind auch Infos darüber, welche Ärzte einen Abbruch durchführen würden. „Diese Hilfe werde der Schwere des Konfliktes gerecht – Werbung für ein Geschäft zur Tötung ungeborenen Lebens dagegen nicht, so Möring.

### Impressum:

Ausgabe Nr. 7 der 19. Wahlperiode

17. März 2018

Herausgeber:  
Bundestagsbüro Karsten Möring  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Tel.: 030/ 227-77611  
Email:  
karsten.moering@bundestag.de  
Redaktion/ V.i.S.d.P.:  
Karsten Möring MdB/Harald Häßler/  
Dr. Jürgen Reuter

